Nr. 90 — 21. Jahrg. — Mittwoch, 19. April 1922

Fernsprecher:
Redaktion 32723 — Geschäftsstelle 32722
Postscheckkonto: Dresden Nr. 14797

Sächsische Volkszeitung

Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden-A. 16, Holbeinstraße 46

Bezugspreis: Vierteljährlich frei ins Haus 33 M. zweimonatlich 21.50 M. monatlich 11 M. Einzelnummer 80 ₰.
Die Sächsische Volkszeitung erscheint wöchentlich sechsmal.
Sprechstunde der Redaktion: 5—6 Uhr nachm. Nicht ausdrücklich zurückverlangte und mit Rückporto nicht versehene Einsendungen an die Redaktion werden nicht aufbewahrt.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile 4 M. für Familien- und Vereinsanzeigen, Stellen- und Wohnungsgesuche 3.50 M. Die Petit-Reklamezeile im redaktionellen Teil, 89 mm breit, 15 M. Für Inserate mit besonderer Plazierungsvorschrift auf obige Preise 25 Prozent Zuschlag. Offertengebühr: für Selbstabholer 1 M., bei Uebersendung durch die Post außerdem Portozuschlag.
Für undeutlich geschriebene sowie durch Fernsprecher aufgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.

Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vormittags. — Annahmestellen in Dresden: Schmidt'sche Buchhandlung, Inhaber P. Beck, Schloßstraße 5. in Bautzen: Franz Kurjat, An der Petrikirche 4

Unsere heutige Nummer umfaßt 4 Seiten

Tagesschau

Die deutsche Reichsregierung hat am 16. April in Genua ein

Wirtschaftsabkommen mit Rußland

getroffen und damit die Anerkennung Rußlands durch Deutschland zum Ausdruck gebracht. Das zwischen beiden Ländern geschaffene und vollständig geklärte Verhältnis beruht auf folgenden Hauptpunkten:

1. **Beiderseitige Verzichtleistung auf die Kriegs- und Vorkriegsschulden einschließlich der Sozialisierungsschäden,**
2. **Meistbegünstigungsrecht.**

Die Wirkung dieses den wahren Frieden zwischen den beiden Ländern herbeiführenden Ereignisses war auf die Konferenz in Genua außerordentlich. Man bezeichnet die Folgen für die Konferenz als unübersehbar und die dadurch geschaffene Lage als ernst. Besonders heftig äußert sich die französische Presse und spricht von einem offenen Bruch des Versailler Vertrages.

Die luxemburgische Regierung zog ihre Vertreter in Genua zurück, da diese in keiner der Kommissionen eine Vertretung bekommen hatten. Die luxemburgischen Interessen sollen von der belgischen Abordnung gewahrt werden.

Nachdem das Gesuch Kapps um freies Geleit vom Oberreichsanwalt abgeschlagen worden war, hat Kapp sich jetzt ohne jede Bedingung bereit erklärt, sich dem Reichsgericht zu stellen.

Eine Deputation aus dem Saargebiet hat sich nach Genua begeben, um dort die Beschwerden der saarländischen Bevölkerung vorzubringen. Die Deputation wurde aus formalen Gründen abgewiesen, da ihre Angelegenheit für die Konferenz nicht zuständig sei.

Nach einem ersten Disziplinarurteil in Potsdam in Sachen des Eisenbahnerstreiks wurde das Streikrecht der Beamten verneint.

Korruption und Kapitalismus in Amerika

In Chicago hielt auf einem großen Bankett der Columbus-Ritter, der bekannten katholischen Organisation, der Mayor Hylan von New-York eine hochbedeutsame Rede über die Korruptions-Wirkungen der Macht des Großkapitalismus in Amerika, die als ein politisches Ereignis erster Klasse aufzufassen ist, und schon heute einen Widerhall im ganzen Lande findet. Was der Mayor von New-York sagte, war ja schon längst die Ueberzeugung der ganzen Nation, lag gewissermaßen auf aller Lippen, es fehlt nur der Mann, der Autorität genug besaß, sich zum Sprachrohr der öffentlichen Meinung zu machen. Mayor Hylan, als Verwaltungsbeamter wie als Politiker gleich hervorragend, besitzt dieses Ansehen und hat den Milliardären einen Hieb versetzt, der ihnen noch lange weh tun wird.

Der Redner begann mit einem Lobe der Columbusritter wegen ihrer moralischen Haltung in politischen Fragen. Immer hätten sie jede Korruption bekämpft. Vor einigen Jahren, fuhr er dann fort, verurteilte ein echter Amerikaner, Theodore Roosevelt, jenes Unwesen in unserem Lande, das er die „unsichtbare Regierung" nannte. Er brandmarkte als Uebeltäter und Feinde der Republik all jene Männer von übergroßem Reichtum, die stets nach weiteren Gewinnen trachten. Diese Warnung Theodore Roosevelts ist heute zeitgemäßer als je, denn jene unsichtbare Regierung ist die wirkliche Gefahr, die unsere Republik bedroht, die einem riesigen Drachen gleich mit seinem schleimigen Wesen über Stadt, Staat und Nation dahinkriecht. Unter einem Deckmantel arbeitet er. Mit seinen langen und machtvollen Fühlern hat er unsere Exekutivbeamten, unsere gesetzgebenden Körperschaften, unsere Schulen, unsere Gerichte, unsere Zeitungen und jegliches Werkzeug, das zum Schutze des Volkes geschaffen war, umklammert. Den Kopf dieses Ungeheuers bilden die Rockefeller Standard Oil Interessen und eine kleine Gruppe machtvoller Bankhäuser, die man gewöhnlich die internationalen Bankiers nennt. Die Rockefeller-Interessen beherrschen die Standard Oil Co., die alljährlich ein Geschäft von mehr als drei Milliarden Dollars macht! Die Flottille mit der Flagge der Standard Oil Co. ist an Zahl und Tonnengehalt größer als die Bundesflotte, während die Flagge der Vereinigten Staaten über die ganze Welt dem Wimpel der Standard Oil Co. folgt und Schutz angedeihen läßt. Jene kleine Koterie der mächtigen internationalen Bankiers regiert tatsächlich die Regierung der Vereinigten Staaten für ihre eigenen selbstischen Zwecke. Beide Parteien werden von ihnen kontrolliert, politische Plattformen werden von ihnen entworfen und Parteiführer dienen ihnen als Handlanger. Kein Mittel bleibt von ihnen unversucht, um für hohe öffentliche Aemter nur solche Kandidaten aufzustellen, die den Geboten des korrupten Großgeschäfts zugänglich sind. Auf Zentralisierung der Regierung sind sie aus, weil sie sich sagen, daß eine kleine Gruppe, die sie selbst ausgelesen hat, sich leichter bearbeiten läßt, als eine größere Gruppe, in der sich höchst wahrscheinlich auch Männer befinden, denen die öffentliche Wohlfahrt am Herzen liegt".

„Die Mehrzahl der Zeitungen und Zeitschriften in diesem Lande wird von jenen internationalen Bankiers und Rockefeller Standard Oil-Interessen kontrolliert. Die Zeitungen dienen ihnen dazu, sich öffentliche Beamte willfährig zu machen oder aber sie aus dem Amte zu vertreiben, wenn sie sich den Wünschen der korrupten Kliquen widersetzen, die unsere unsichtbare Regierung bilden."

Mayor Hylan besprach dann den Einfluß jener Interessen auf das Schulwesen in den Vereinigten Staaten, wobei er darauf hinwies, daß in der Nationalen Erziehungsbehörde (d. h. der obersten Schulbehörde) gar manche säßen, die ihre Dienste anscheinend unentgeltlich zur Verfügung stellten, während sie nachweislich von den Rockefeller Interessen alljährlich fünf bis zehntausend Dollars bezögen. Wenn es jenen nachginge, so erhielten die Kinder in den Vereinigten Staaten eine Schulung, wie sie die Kulis in China erhielten. So sei der sogenannte Gary-Plan nichts anderes als ein Machtwerk der Rockefeller-Interessen. Was er anstrebe, sei eine Ausbildung der Jugend für Fabriken und Eisenwerke. Dann besprach der Mayor des längeren die von den Rockefeller-Interessen in seiner ersten und auch in seiner zweiten Mayors-Kampagne aufgebotenen Einflüsse, erwähnte hierbei namentlich die Umtriebe der großen Verkehrsanstalten in New-York, die sämtlich von den Rockefeller-Interessen beherrscht würden. Zum Schluß legte er eingehend dar, daß diese Geldmänner es wie in der Stadt New-York so im ganzen Lande hielten, auch im Kongresse, wo sie die beiden großen Parteien beherrschten und die Gesetzgebung kontrollierten. Die Auslandspolitik verständen sie nicht minder zu leiten, als die innere.

Der Automobilfabrikant Harry Ford hat die Rockefellers an Reichtum zwar noch überholt, aber was ihn von diesen unterscheidet, ist, daß er nur für seine privaten Interessen arbeitet, während die Rockefellers geradezu eine politische Institution bilden und politische Ziele verfolgen. So ist auch der Plan eines Krieges gegen Mexiko, um die dortigen reichen Oelquellen in „amerikanischen" Besitz zu bringen, hauptsächlich eine Rockefellersche Idee.

Die Rockefellers haben gute Vorsorge getroffen, daß sie bei einer Wahl niemals geschlagen werden können. Die in der Bildung begriffene „dritte Partei" hat vorläufig noch keine Aussicht, die Macht zu erlangen. Die Rockefellers können nur mit Gemütsruhe abwarten, ob die Republikaner oder Demokraten siegen, denn — beide Parteien stehen in ihrem Dienste. Und wenn die Demokraten sich zuweilen noch erlauben, dem Großkapitalismus kräftige Scheltreden zu widmen, sehen die Rockefellers mit milder Gelassenheit augenzwinkernd zu, die Demokraten glauben nämlich dazu berechtigt zu sein, weil ihre Ergebenheit gegen die Plutokratie nicht ganz so groß ist, wie die der Republikaner.

In Deutschland ist der volle Umfang des Einflußkreises der großkapitalistischen Spinne noch gar nicht bekannt. Daß die meisten amerikanischen Zeitungen im Dienste der großkapitalistischen Interessen stehen, wußte man freilich schon, daß sich ihr Einfluß aber auch auf das Schulwesen erstreckt, wird reichsdeutschen Zeitungslesern sicher ein Rätsel sein. Von dem Streit um das Gary-Schulsystem mag mancher im alten Vaterlande schon gelesen haben. Er hat aber sicher nicht gewußt, daß hier ein großkapitalistisches Interesse sogar die Pädagogik zu beeinflussen sucht. Das Gary-System bezweckt, wie der — keineswegs sozialistische — Mayor von New-York erklärt, die amerikanischen Schulkinder als „Kulis" für Fabriken und Eisenwerke auszubilden! So weit geht die Voraussicht und Berechnung der amerikanischen Milliardäre!

Es wäre allerdings ein Ziel aufs innigste zu wünschen, daß der menschenfreundliche Plan des Mayors von New-York, das amerikanische Volk von diesem Korruptionssystem zu erlösen, vollen Erfolg hätte. Aber in Amerika sind nicht viele so optimistisch, daran zu glauben, denn die ungeheuere Macht der Milliardäre spottet aller Beschreibung und jeglicher Opposition.

Ueberraschender Abschluß eines deutsch-russischen Vertrages

Genua, 17. April. Die seit mehreren Monaten schwebenden Verhandlungen zwischen Deutschland und Rußland haben am Ostersonntag zum Abschluß eines Vertrages geführt, der allgemein überrascht hat. Der Vertrag beruht auf voller Gegenseitigkeit. Die diplomatischen Beziehungen werden wieder aufgenommen. Alle Ersatzansprüche aus der Zeit des Kriegszustandes zwischen Deutschland und dem früheren Rußland gelten als erledigt. Das gleiche gilt für die Ersatzansprüche, die aus den bisherigen Sozialisierungsmaßnahmen der Sowjetregierung sich ergeben haben, unter der Voraussetzung, daß Rußland auch dritten Staaten einen Schadenersatz für die durch die Sozialisierung entstandenen Schäden oder eine Ungültigkeitserklärung der Sozialisierungsmaßnahmen nicht zugesteht. In Zukunft soll der Grundsatz der Meistbegünstigung und der des wirtschaftlichen Entgegenkommens maßgebend sein. In das Verhältnis beider Staaten zu dritten Staaten greift dieser Vertrag, der nur als Wirtschafts-Vertrag, nicht als Bündnisvertrag zwischen Deutschland und Rußland betrachtet werden darf, in keiner Weise ein. Die seit langem schwebenden Verhandlungen wurden in Genua in aller Stille fortgesetzt und führten anläßlich eines Besuches Tschitscherins beim deutschen Außenminister Dr. Rathenau am Sonntag vormittag zum endgültigen Vertrag.

Der Wortlaut des Vertrages

Genua, 18. April. Das deutsch-russische Abkommen hat folgenden Wortlaut: Die deutsche Regierung, vertreten durch Reichsminister Dr. Rathenau, und die russische föderative Sowjetrepublik, vertreten durch Tschitscherin, sind über folgende Bedingungen übereingekommen: Artikel 1. Die beiden Regierungen sind darüber einig, daß die Auseinandersetzungen zwischen dem Deutschen Reiche und der russischen Sowjetrepublik über Fragen aus der Zeit des Kriegszustandes zwischen Deutschland und Rußland auf folgender Grundlage geregelt werden: Die deutsche Regierung und die Sowjetrepublik verzichten gegenseitig auf den Ersatz ihrer Kriegskosten sowie auf den Ersatz der Kriegsschäden, die ihnen und ihren Angehörigen im Kriege und durch die militärischen Maßnahmen, einschließlich im Feindesland vorgenommener Requisitionen entstanden sind. Desgleichen verzichten beide Teile auf den Ersatz der zivilen Schäden, die den Angehörigen eines Teiles durch die sogenannten Kriegsausnahmegesetze der politischen Gewalt eines Staatsangehörigen des anderen Staates verursacht worden sind. Die durch den Kriegszustand betroffenen öffentlichen und privatrechtlichen Beziehungen einschließlich der Frage der Behandlung der in die Gewalt des anderen Teiles geratenen Handelsschiffe werden nach den Grundsätzen der Gegenseitigkeit geregelt werden. Deutschland und Rußland verzichten gegenseitig auf Erstattung der beiderseitigen Aufwendungen für Kriegsgefangene. Ebenso verzichtet die deutsche Regierung auf Erstattung der von ihr für die in Deutschland internierten Angehörigen der Roten Armee gemachten Aufwendungen, die russische Regierung ihrerseits auf die Erstattung des Erlöses aus von Deutschland vorgenommenen Verkäufen des von seinen Internierten nach Deutschland gebrachten Kriegsrates. — Artikel 2: Deutschland verzichtet auf die Ansprüche, die sich aus der bisherigen Anwendung der Gesetze und Maßnahmen der Sowjetrepublik auf deutsche Reichsangehörige, sowie auf die Rechte des Deutschen Reiches gegenüber Rußland und ferner aus von der Sowjetregierung oder ihren Organen gegen deutsche Staatsangehörige in privatrechtlicher Beziehung getroffenen Maßnahmen ergeben, vorausgesetzt, daß die Regierung der Sowjetrepublik auch alle Ansprüche gegenüber dritten Staaten nicht anders behandelt. — Artikel 3: Die diplomatischen und konsularischen Beziehungen des Deutschen Reiches und der Sowjetrepublik werden sogleich wieder aufgenommen. Die Zusammensetzung der beiderseitigen Konsuln wird durch besonderes Abkommen geregelt werden. — Artikel 4: Die beiden Regierungen sind ferner auch darin einig, daß für die allgemeine Rechtsstellung der Angehörigen des einen Teiles wie auch des anderen Teiles und für die allgemeine Durchführung der beiderseitigen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen der Grundsatz der Meistbegünstigung gelten soll. Der Grundsatz der Meistbegünstigung erstreckt sich nicht auf die Vorrechte und Abmachungen, die die Sowjetrepublik einer anderen Sowjetrepublik oder einem solchen Staate gewährt, der früher einen Bestandteil des ehemaligen Rußland bildete. — Artikel 5: Die beiden Regierungen werden den wirtschaftlichen Bedürfnissen der beiden Länder in wohlwollendem Geiste wechselseitig entgegenkommen. Bei einer grundsätzlichen Regelung dieser Frage auf internationaler Basis werden sie vorher in einen Gedankenaustausch eintreten. Die deutsche Regierung erklärt sich bereit, die ihr in den Verhandlungen mitgeteilte, von Privatfirmen beabsichtigte Vereinfachung nach Möglichkeit zu unterstützen. — Artikel 6: Die Artikel 1 bis 4 dieses Vertrages treten mit der Ratifikation, die übrigen Bestimmungen sofort in Kraft.

Die Bedeutung des Vertrages

Berlin, 17. April. Das zwischen Deutschland und Rußland zustande gekommene Wirtschaftsabkommen ist nach Mitteilungen sachverständiger deutscher Stellen in gleicher Weise wie die Grundlage für alle weiteren Verträge mit Rußland. Verhandlungen über den Abschluß des Abkommens haben seit Monaten geschwebt. So wurde insbesondere bei der letzten Anwesenheit der russischen Vertreter in Berlin vor etwa zwei Monaten das Abkommen schon paraphiert, ohne damals formell zum Abschluß zu kommen. Die ersten ruhigen Tage in Genua wurden nunmehr zum Abschluß benutzt, und man kann hoffen, daß mit dem Abschluß des Vertrages klare und unzweideutige Voraussetzungen für die Wiederaufnahme insbesondere der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Sowjetrußland geschaffen sind. Neben diesen wirtschaftlichen Beziehungen sieht das Abkommen die Wiederaufnahme der vollen diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland vor, stellt sich also im ganzen als ein Vertrag dar, wie er an Stelle des im Versailler Vertrag für ungültig erklärten Brest-Litowsker Vertrages zur Wiederherstellung der normalen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland nötig geworden war. Daß der Abschluß in Genua erfolgte, hat weder für Inhalt noch Bewertung des Vertrages eine besondere Bedeutung. Genua hat die erste Möglichkeit ruhiger Verhandlungen benutzt, und diese hat sich eben gerade in Genua geboten.

Die Sympathien für Deutschland in Genua

Berlin, 18. April. In seinem aus Genua telephonisch herübergegebenen Leitartikel schreibt Theodor Wolff heute im „Berliner Tageblatt": Die Führer der deutschen Delegation, Dr. Wirth und Dr. Rathenau, erhalten den Besuch von Staatsmännern, die sich bisher ganz anders gezeigt hatten, und empfangen sehr überraschende Händedrücke. Jeder, der auf früheren Konferenzen nach dem Kriege war, erklärt: Der Fortschritt ist Einvernehmen. Besonders die meisten Italiener, die maßgebenden Persönlichkeiten des englischen Liberalismus und viele Amerikaner gehen weit über die Grenzen liebenswürdiger Höflichkeit hinaus.

Eine angebliche Aeußerung des Kabinettschefs Lloyd Georges

Paris, 18. April. Dem Havasbureau wird aus Genua gemeldet, in englischen Kreisen habe die Nachricht vom Abschluß des deutsch-russischen Vertrages offenbar mehr als wie eine Verblüffung gewirkt. Der Kabinettschef Lloyd Georges, der gestern abend zu englischen Journalisten über das deutsch-russische Abkommen sprach, hat das Wort „Loyalität" ausgesprochen.

Wutgeschrei und Unkenrufe in Paris

deutsch-russischen Vertrages von Rapallo wird von den Pariser Morgenblättern mit Wutgeschrei aufgenommen. Der „Petit Parisien" bringt in fünf Riesenaufschriften folgende Worte: Ein Theatercoup in Genua. Die Deutschen und die Russen haben gestern einen Vertrag unterschrieben. Der Vertrag sieht unter anderem gegenseitige Annullierung der Schulden und Kriegsentschädigungen vor. Die Delegierten der Ententestaaten, insbesondere diejenigen der Kleinen Entente, werden heute prüfen, ob dieser Vertrag mit den Bestimmungen des Versailler Vertrages vereinbar ist. Bedeutet dies das Ende der Konferenz? Das Manöver wird in jedem Falle sich gegen das Deutsche Reich kehren. — Philippe Millet schreibt im „Petit Parisien" folgendes: Im besten Falle scheint es schwierig geworden zu sein, daß Deutschland in der elfköpfigen politischen Unterkommission zugelassen wird, die die russische Frage zu regeln hat. Es wäre aber nicht ausgeschlossen, daß die Konferenz darüber zum Abschluß geführt werden kann. Lloyd George befindet sich seit gestern abend in einer tiefen Erregung und es wäre wenig überraschend, daß er der erste ist, der die Ereignisse in vollem Einvernehmen mit den französischen Delegierten beschleunigt. Die deutsche Initiative erscheint wie ein Bruch in der Kontinuität der Konferenz.